

# Die Videoüberwachung bei der Basler Dreirosenanlage wird nicht verlängert

**Drogenhotspot** Der Basler Grosse Rat sprach sich gestern gegen eine Verlängerung der befristeten Videoüberwachung der Dreirosenanlage aus. Mit 56 zu 39 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat er die Überweisung einer entsprechenden SVP-Motion abgelehnt.

Stephanie Eymann (LDP) wies als Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements darauf hin, dass die Videoüberwachung gemäss Informations- und Datenschutzgesetz eingestellt werden müsse, wenn ihr Zweck erfüllt sei. Und dies treffe im Fall der Dreirosenanlage zu.

Die Vorinstallationen würden aber nicht abgebaut, sodass die Videoüberwachung bei einer erneuten Verschärfung der Situation schnell wieder aktiviert werden könnte.

Unterstützt wurde Eymann von den Sprecherinnen der lin-

ken Fraktionen und der Grünen. SP-Sprecherin Barbara Heer mahnte, das vom Grossen Rat beschlossene Gesetz nicht zu übersteuern. Und Tonja Zürcher (Bas-ta) sagte, dass die Videoüberwachung letztlich keine Straftat verhindere, sondern zu einer Verlagerung der Kriminalität in angrenzende Quartiere führe.

## Bürgerliche wollen an Überwachung festhalten

Die Sprecher der bürgerlichen Fraktionen rund um Motionär Joël Thüning (SVP) wollten aber an einer prinzipiellen Verlängerung der Überwachung festhalten. Eine Ablehnung der Forderung sei Täterschutz statt Datenschutz, sagte Thüning. Und Christoph Hochuli, von Beruf Polizist, sagte, dass sich die Situation im Sommer mit Gewissheit wieder verschlechtern werde. (bwi/SDA)